

27/SN-214/ME



# Verband der Elektrizitätswerke Österreichs

An das  
Präsidium des Nationalrats

Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 W i e n

Wien 4, Brahmplatz 3

Postanschrift:  
A-1041 Wien, Postfach 123

Telefon:  
(0 22 2) 505 17 27 Serie

Fernschreiber: (1) 31 100 everb a

Telefax:  
(0 22 2) 505 17 27 25

DVR 0422100

Befristet	GESETZENTWURF
Zl.	38 - GE 989
Datum:	11. JULI 1989
Verteilt	12. Juli 1989

*Perfekte  
Hoyk*

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Wien, am

AZ - Dr.Og/Dr 10. Juli 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz  
und das Hausbesorgergesetz geändert werden

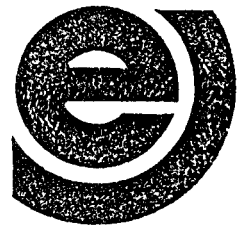
Über Wunsch des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
übersenden wir in der Anlage 25 Gleichstücke unserer demsel-  
ben zu obigem Gesetzentwurf erstatteten Stellungnahme.

Hochachtungsvoll

Verband der  
Elektrizitätswerke Österreichs  
Der Geschäftsführer:

*[Signature]*  
(Dr. Hanns Orglmeister)

Anlagen



# Verband der Elektrizitätswerke Österreichs

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Wien 4, Brahmsplatz 3

Postanschrift:  
A-1041 Wien, Postfach 123

Telefon:  
(0 22 2) 505 17 27 Serie

Fernschreiber: (1) 31 100 everb a

Telefax:  
(0 22 2) 505 17 27 25

DVR 0422100

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Wien, am

Zl. 31.251/54-V/2/1989 2. Mai 1989

AZ - Dr.Og/Di

29. Juni 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz  
und das Hausbesorgergesetz geändert werden

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutz-  
gesetz und das Hausbesorgergesetz geändert werden, nehmen wir  
wie folgt Stellung:

## Zu § 3 Abs. 6:

Wie in den Erläuterungen ausgeführt, sind bestimmte Tätig-  
keiten ab einem bestimmten Zeitpunkt für schwangere Frauen  
verboten, weshalb dem Arbeitsinspektorat die Tätigkeit der  
jeweiligen schwangeren Dienstnehmerin bekannt sein muß. Die  
Kenntnis des Arbeitsplatzes, an welchem diese Tätigkeit  
verrichtet wird, ist hiefür jedoch nicht erforderlich. Wir  
schlagen daher vor, im zweiten Satz die Worte "der Arbeits-  
platz" fortfallen zu lassen.

## Zu § 10a Abs. 2:

Der Frage, ob eine Befristung eines Dienstverhältnisses  
sachlich gerechtfertigt war, kommt in Zukunft erhebliche  
Bedeutung zu (Abs. 1). Es ist daher unbefriedigend, wenn hier  
nur demonstrativ einige Fälle der sachlichen Rechtfertigung  
angeführt werden. Es sollte dem Normadressaten von vornherein

## Blatt 2

klar sein, ob eine Befristung im Sinne dieses Gesetzes sachlich gerechtfertigt ist oder nicht. Im übrigen dürfte durch solche und ähnliche Regelungen die Position jüngerer gebärfähiger Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verschlechtert werden.

Zu § 12 Abs. 2:

Die hier vorgesehene Neuregelung bedeutet, daß das Dienstverhältnis auch bei Setzung eines Entlassungsgrundes erst mit Zustimmung des Gerichtes durch Entlassung rechtswirksam beendet werden kann und somit erheblich länger aufrecht bleiben muß als nach der jetzigen Regelung, die eine sofortige Entlassung mit nachträglicher gerichtlicher Überprüfung ermöglicht. Da eine weitere Beschäftigung einer Dienstnehmerin, die einen Entlassungsgrund gesetzt hat, in der Regel für den Dienstgeber, aber häufig auch für die anderen Dienstnehmer unzumutbar ist, diese Dienstnehmerin aber bis zur Entscheidung des Gerichtes weiterbezahlt werden müßte, erscheint eine solche Bestimmung sehr unbillig.

Zu § 14 Abs. 1:

Die hier neu vorgesehene Bezahlung eines Überstundenentgeltes trotz des Verbotes von Überstundenleistung stellt eine zusätzliche finanzielle Belastung ohne Gegenleistung dar, wogegen wir uns aussprechen müssen.

Wir bitten um entsprechende Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Wunschgemäß übersenden wir u.e. 25 Gleichstücke dem Präsidium des Nationalrates.

Hochachtungsvoll

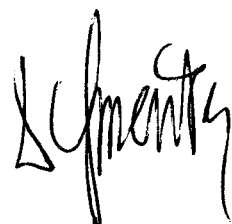
VERBAND DER ELEKTRIZITÄTSWERKE ÖSTERREICHS

Der Präsident:

Der Geschäftsführer:



(Gen.Dir.Univ.Prof.Mag.DDr.  
P.SCHACHNER-BLAZIZEK)



(Dr. H. ORGLMEISTER)